

Vortrag an den Ministerrat

EU; Informelle Videokonferenz der für den Rat Allgemeine Angelegenheiten zuständigen Ministerinnen und Minister am 8. Dezember 2020

Am 8. Dezember 2020 fand eine informelle Videokonferenz der für den Rat Allgemeine Angelegenheiten zuständigen Ministerinnen und Minister statt. Behandelt wurden die Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 10./11. Dezember 2020, die Beziehung zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, die legislative Programmplanung sowie der Europäische Aktionsplan für Demokratie.

Vorbereitung des Europäischen Rates am 10./11. Dezember 2020

Der deutsche Ratsvorsitz erläuterte die Themenbereiche des Europäischen Rates am 10./11. Dezember. Betreffend die Konferenz zur Zukunft Europas bedauerte der Ratsvorsitz, dass weiterhin keine Einigung zwischen den Institutionen erreicht wurde.

Zum Thema COVID-19 informierte ich über die aktuelle Situation und Maßnahmen in Österreich. Es sei wichtig, dass sich möglichst viele Bürgerinnen und Bürger gegen COVID-19 impfen lassen.

Zum Thema Klimawandel sprach ich mich erneut für ein ehrgeiziges EU-Klimaziel für 2030 aus. Dabei hob ich hervor, dass gleichzeitig Maßnahmen zum Schutz des europäischen Wirtschaftsstandortes, der europäischen Unternehmen und deren Wettbewerbsfähigkeit notwendig sind. Wichtig sei auch, verstärkt erneuerbare Energiequellen einzusetzen, hier habe sich AT bis 2030 ein ehrgeiziges Ziel gesetzt. Ebenso soll in AT Klimaneutralität bis 2040 erreicht werden. Bei der Umsetzung des ambitionierten EU-Klimaziels müssten alle Mitgliedstaaten Verantwortung zeigen, und es sollte auch auf Kosteneffizienz geachtet werden. Ich unterstützte die Überlegungen zu einem Grenzausgleichsmechanismus, der zusätzlich zu den bereits bestehenden Instrumenten eingerichtet werden sollte. Darüber hinaus betonte ich, dass der European Green Deal der Schlüssel im Kampf gegen den Klimawandel sei. Ich betonte erneut, dass Nuklearenergie keine Option sei. Für die

Diskussion zur Stärkung der Sicherheit seien die Vorlage der EK-Mitteilung zur Agenda gegen Terrorismus und die darin konkret vorgeschlagenen Maßnahmen wichtig. Ich betonte zudem, dass auf EU-Ebene sichergestellt sein müsse, dass nur Organisationen, die sich europäischen Werten verpflichtet fühlen, europäische Förderungen erhalten. Zum Thema *Foreign Terrorist Fighters* sei neben einem robusten Vorgehen auch eine bessere Zusammenarbeit mit Drittstaaten erforderlich. Im Lichte der aktuellen Entwicklungen zur TR sei klar, dass diese sich immer weiter von Europa entferne, eine Positivagenda sei daher nicht umsetzbar. Man müsse die roten Linien aufzeigen und eine entschlossene Sprache sprechen.

Beziehung zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich

EU-Chefverhandler Michel Barnier berichtete, dass das Telefonat zwischen EK-Präsidentin Ursula von der Leyen und dem britischen Premierminister Boris Johnson am 7.12. zu keiner Einigung geführt habe. Die Kommission werde weiterhin entlang der grundlegenden EU Positionen nach Lösungen suchen. Die Kommission habe zudem die Arbeiten an den Contingency-Maßnahmen intensiviert.

Die Mitgliedstaaten brachten ihre Unterstützung für Chefverhandler Michel Barnier zum Ausdruck.

Legislative Programmplanung – Gemeinsame Erklärung über die gesetzgeberischen Prioritäten 2021 sowie Gemeinsame Schlussfolgerungen zu den politischen Zielen und Prioritäten für den Zeitraum 2020-2024

Der deutsche Ratsvorsitz verwies auf die bereits erfolgte Annahme der Gemeinsamen Erklärung und der Gemeinsamen Schlussfolgerungen im Rahmen eines schriftlichen Verfahrens sowie auf die geplante Unterzeichnung der beiden Texte durch die Präsidenten der Kommission, des Europäischen Parlaments und des Rates am Rande des Europäischen Rates am 10./11. Dezember 2020.

Europäischer Aktionsplan für Demokratie

Der deutsche Ratsvorsitz erklärte, dass Desinformation sowie die Einflussnahme Dritter auf Wahlen Anlass zur Sorge geben würden. Die COVID-19-Pandemie habe dabei Schwachstellen aufgezeigt. Die Resilienz müsse gestärkt werden. Věra Jourová, Vizepräsidentin der Kommission, beklagte die Zunahme von Extremismus, fehlende Transparenz bei Online-Plattformen sowie die Einflussnahme auf demokratische Prozesse

und auf Medien. Als Antwort darauf habe die Kommission den Aktionsplan für Demokratie angenommen. Der Aktionsplan diene dem Schutz der europäischen Grundrechte.

Ich danke der Kommission für die Initiative. Der Europäische Demokratie-Aktionsplan sowie der „Digital Services Act“ und der „Digital Markets Act“ seien wichtige zukünftige Prioritäten. Dazu habe Österreich einen Brief an die Kommission verfasst, in dem auf die Chance verwiesen werde, den holistischen Ansatz künftig auch auf den Online-Bereich anzuwenden. Daher begrüße AT den Aktionsplan, man befürworte, dass die EK Maßnahmen zur Resilienz, zu den demokratischen Werten, zu den grundlegenden Rechten, zu einem fairen Wettbewerb und zu mehr Medienpluralismus setze und die Menschen vor Online-Hetze schütze. Insbesondere im Zusammenhang mit dem künftigen Impfstoff gegen COVID-19 sollten „Fake News“ verhindert werden.

Sämtliche Ergebnisse der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates (www.consilium.europa.eu) abrufbar.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

11. Dezember 2020

Mag. Karoline Edtstadler
Bundesministerin